

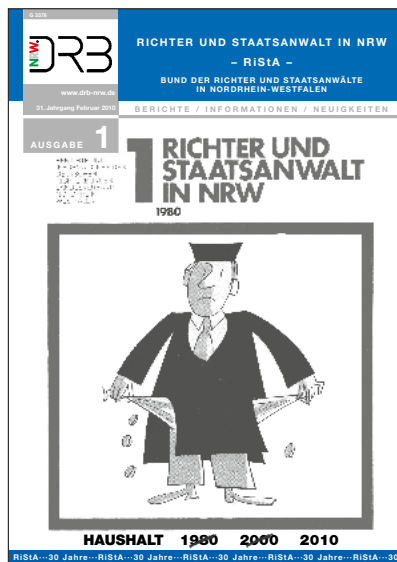
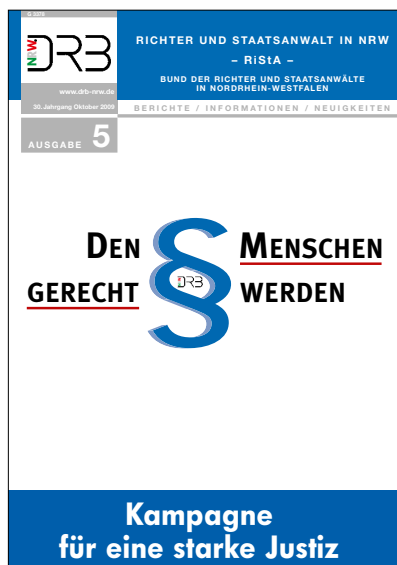
# Vorstands- Wahlen im September

## RICHTER UND STAATSANWALT IN NRW – RiStA – BUND DER RICHTER UND STAATSANWÄLTE IN NORDRHEIN-WESTFALEN

BERICHTE / INFORMATIONEN / NEUIGKEITEN



Foto aus RiStA 6/2008





**Wir bleiben dran**  
**Politik in Verzug**  
**Seit Jahren gefordert**  
**Noch immer ignoriert**

- 1) 500 neue Richterstellen und 200 neue Staatsanwaltsstellen
- 2) Amtangemessene Besoldung
- 3) Rücknahme der Beihilfekürzungen
- 4) Rücknahme der Weihnachts- und Urlaubsgeldkürzung
- 5) Verbesserte Sachmittel- und IT-Ausstattung
- 6) Ausweitung der Mitbestimmung in einem neuen LRiStAG
- 7) Leistungsfähiger Service-Bereich
- 8) Selbstverwaltung der Justiz

## Impressum

### Herausgeber:

Der Vorstand des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW,  
 Landesverband NRW des Deutschen Richterbundes  
 Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Tel. (02381) 29814; Fax (02381) 22568  
 E-Mail: info@drb-nrw.de, Internet: www.drb-nrw.de

### Redaktion:

Wolfgang Fey (RAG a.D.) (verantwortlich); Dr. Einhard Franke (DAG);  
 Jürgen Hagmann (RAG a.D.); Stephanie Kerkerling (StAin);  
 Harald Kloos (RAG); Simone Lersch (StAin); Lars Mückner (RAG);  
 Nadine Rheker (RinAG); Antonietta Rubino (Rin); Klaus Rupprecht (RAG a.D.).  
 E-Mail: rista@drb-nrw.de

Verlag: Neusser Druckerei und Verlag GmbH, Moselstraße 14, 41464 Neuss  
 E-Mail: richterundstaatsanwalt@ndv.de

Anzeigen: Iris Domann, Tel: 0 21 31/404-232; Fax: 0 21 31/404-424;  
 E-Mail iris.domann@ndv.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 01. Januar 2011

Vertrieb: Tel: 0 21 31/404-560; Fax: 0 21 31/404-561;

E-Mail: leserservice@ndv.de

Herstellung: L. N. Schaffrath Druck Medien GmbH & Co. KG

Marktweg 42-50, 47608 Geldern, www.schaffrath.de

### Bezugsbedingungen:

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezugspreis für Nichtmitglieder jährlich 20,- € plus Versandkosten.

Konto des Landesverbandes NW des Deutschen Richterbundes:  
 Sparkasse Hamm (BLZ 41050095), Konto-Nr. 70227 – auch für Beitragszahlungen

### Zuschriften erbeten an:

Geschäftsstelle des Landesverbandes, Martin-Luther-Str. 11, 59065 Hamm,  
 oder Wolfgang Fey, Becher Str. 65, 40476 Düsseldorf.

**Die Formulierungen „Richter“ und „Staatsanwalt“ bezeichnen in RiStA geschlechtsunabhängig den Beruf.**

**Namentlich gekennzeichnete Berichte entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion.**

**Titelbild: Collage von RiStA-Titeln 2008–2011**

## INHALT

|                  |   |
|------------------|---|
| <i>editorial</i> | 3 |
|------------------|---|

### *drb intern*

|  |   |
|--|---|
| Presseerklärung zu den neuen Personalräten | 4 |
| Hinweis auf die LVV in Detmold             | 4 |
| Aus der Vorstandsarbeit                    | 5 |

### *beruf aktuell*

|  |   |
|--|---|
| Personalbedarf im Ländervergleich        | 6 |
| Presseerklärung zur Geldwäschebekämpfung | 7 |

### *drb bund*

|                              |   |
|------------------------------|---|
| Assessoren-Seminar in Berlin | 7 |
| Haus des Rechts              | 8 |

### *wir über uns*

|                               |    |
|-------------------------------|----|
| Aus den Kommissionen          | 9  |
| Die Verbandszeitschrift RiStA | 10 |
| Unsere Internet-Seite         | 10 |
| Das Menschenrechts-Engagement | 12 |

### *glosse*

|                      |    |
|----------------------|----|
| Vom Engel zum Bengel | 13 |
|----------------------|----|

### *drb vor ort*

|                        |    |
|------------------------|----|
| Bezirksgruppe Duisburg | 14 |
| Bezirksgruppe Detmold  | 15 |

### *Impressum*

2

**Reichen sie  
 die RiStA-Hefte weiter  
 an die Referendare**



## Staatsanwalt im DRB

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 20. 9. 2011 wird der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW einen neuen Vorstand wählen. Ich selbst werde nach vielen Jahren der Tätigkeit als Beisitzerin dem neuen Gremium nicht mehr angehören.

In der Vergangenheit hörte man gelegentlich den sicher nicht ganz ernst gemeinten Vorwurf: „Was tut der Richterbund denn für die Staatsanwälte?“

Blickt man zurück auf die letzten Jahre der Verbandsarbeit, stellt man sofort fest, dass die Stellung der Staatsanwälte im Verband erheblich an Bedeutung gewonnen hat. Schon nach § 17 der Verbandssatzung muss einer der drei Stellvertreter des Landesvorstandes Staatsanwalt sein, dem Gesamtvorstand gehören fünf von der Landesvertreterversammlung (LVV) zu wählende Staatsanwälte an, einer der beiden Beisitzer im Geschäftsführenden Vorstand ist nach ständiger Übung ebenfalls Staatsanwalt.

Über diese Formalien der Beteiligung in den Entscheidungsgremien hinaus hat der Landesverband unter Leitung von Jens Gnisa und zuletzt Reiner Lindemann immer wieder aus Sicht der Staatsanwälte drängende Themen aufgegriffen und zum Gegenstand von auch in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Veranstaltungen gemacht.

So war die effiziente Bekämpfung der Geldwäsche Thema der LVV 2001 in Krefeld; zudem war der Bund der Richter und Staatsanwälte erst Ende Juni 2011 Mitveranstalter einer international ausgerichteten Fachtagung „Geldwäsche“ in Bergisch Gladbach.

Das Thema Verständigung im Strafverfahren war bereits 2007 Gegenstand der LVV in Bad Lippspringe, also lange bevor die Vorschrift des § 257c in die StPO eingefügt wurde (8/2009). Oder sollte das auch von Vertretern aus Politik und Medien vielfach beachtete Ergebnis der in Bad Lippspringe hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion sogar einen entscheidenden Impuls gegeben haben?

Fragen der Mitbestimmung und da insbesondere die Schaffung eines Staatsanwaltsrates vor Ort sind mit Nachdruck verfolgt worden. Ich bin sicher, es ist nur dem wiederholten Drängen des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW zu verdanken, dass nunmehr sämtliche politischen Parteien von der Notwendigkeit einer Änderung des LPVG überzeugt waren und diese kürzlich beschlossen haben.

Um allen Staatsanwälten (und am Strafrecht Interessierten) die Möglichkeit zur Mitarbeit und zur Diskussion an „ihren“ Themen zu geben, wurde am 29. 6. 2008 erstmals ein „Staatsanwalts-Tag“ mit Workshops zu verschiedenen Sachgebieten veranstaltet. Wegen der großen Resonanz ist eine solche Veranstaltung nicht nur im Jahr 2011 auch für die Amtsrichter ausgerichtet worden, sondern der Staatsanwalts-Tag soll künftig alle zwei Jahre stattfinden.

Die Stellung der Staatsanwälte im Verband hat sicher auch dadurch an Bedeutung gewonnen, dass im Jahr 2007 Christoph

Frank zum Bundesvorsitzenden gewählt worden ist. Frank ist als Oberstaatsanwalt bei der StA Freiburg tätig und legt auf eine stärkere Profilierung der Rolle der Staatsanwälte großen Wert.

Nebenbei bemerkt ist die Umbenennung des früheren „Richter- und Staatsanwaltstag“ auf eine Anregung unseres Landesverbandes im Bundesvorstand zurückzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Spektrum der Themen, für die es sich zu engagieren lohnt, ist auch für Staatsanwälte weit gefächert. So befasst sich der Landesverband aktuell mit der Frage, welche organisatorischen Folgen ein zu erwartender Anstieg von Taten zum Nachteil pflegebedürftiger Personen in den Staatsanwaltschaften haben soll, ob etwa Sonderdezernate einzurichten sind. Das ist mit einer Menge Arbeit verbunden, die in der Freizeit zu leisten ist. Denn das Engagement im Verband ist ein Ehrenamt.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW ist in den letzten Jahren wesentlich professioneller geworden. Ein Ergebnis des verstärkten Einsatzes ist, dass der Bund der Richter und Staatsanwälte politisch einflussreicher geworden ist. Er wird von den Abgeordneten ernst genommen; Erklärungen und Stellungnahmen werden von den Medien aufgegriffen und kommentiert. Dieser Erfolg wird mit vielen Stunden für Anhörungen, Besprechungen, Arbeitsgruppen, Stellungnahmen, Presseerklärungen bezahlt, während das tägliche Pensum nicht kleiner wird.

Und dennoch: Ich möchte die Zeit für den Verband nicht missen und das nicht nur wegen der vielen interessanten Kolleginnen und Kollegen in ganz Deutschland, die ich als Mitglied auch des Bundesvorstands kennengelernt habe.

Ich kann nur jeder Kollegin, jedem Kollegen raten, sich über den Tellerrand des eigenen Dezernates hinaus zu informieren und sich trotz oder gerade wegen der stetig zunehmenden Arbeitsbelastung für die Stärkung der Justiz zu engagieren. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten, sei es in der eigenen Bezirksgruppe, als Mitglied von Arbeitsgruppen oder als Delegierter bei Bundes- und Landesvertreterversammlungen. In jedem Fall ist eine Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen nur mit einer starken Standesvertretung zu erreichen und das ist der Bund der Richter und Staatsanwälte!

Übrigens: Bis 10/2008 trug der Landesverband den Namen „Deutscher Richterbund“. Anlässlich der LVV am 14. 10. 2008 haben sich die Delegierten mit großer Mehrheit für den neuen Namen „Bund der Richter und Staatsanwälte“ entschieden. Auch ein nach außen sichtbares Zeichen dafür, dass der Verband die Interessen von Richtern **und** Staatsanwälten vertritt.

Ihre



Angelika Matthiesen

Angelika Matthiesen



Aus der Vorstandsarbeit

# Langjährige Forderung des DRB-NRW umgesetzt\*: Staatsanwälte haben endlich einen örtlichen Personalrat!

Anders als in nahezu allen anderen Bereichen des Wirtschaftslebens und der öffentlichen Hand ist bislang allein den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten eine örtliche Personalvertretung gesetzlich verweigert worden. Ihnen standen daher bislang insofern sogar weniger Rechte zu als den übrigen Mitarbeitern.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW hat dies seit vielen Jahren immer wieder als einen unhaltbaren vordemokratischen Zustand kritisiert und Abhilfe angemahnt.

Der DRB-NRW begrüßt daher mit großem Nachdruck, dass dieses Problem

jetzt gelöst worden ist: in seiner 36. Sitzung vom 29. 6. 2011 hat der Landtag Nordrhein-Westfalen das Gesetz zur Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) beschlossen. Danach sind nach neuer Rechtslage auch bei den örtlichen Staatsanwaltschaften Personalvertretungen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zu schaffen (§ 94 Abs. 1 Nr. 1 LPVG NW n. F.).

„Die Regelung war längst überfällig“ merkt hierzu der Landesvorsitzende Reiner Lindemann an. Und Uwe Klaus Schroeder, der Vorsitzende der Staatsanwaltschafts-Kommission im DRB-NRW, ergänzt erfreut: „Mit der alsbald erfolgenden Ver-

kündung im Gesetzesblatt wird ein neues Kapitel der Mitbestimmung aufgeschlagen werden. Mit dem neuen LPVG werden die Personalvertretungen der Staatsanwälte echte Mitbestimmung und Mitwirkung ausüben können.“

\* Presseerklärung des DRB-NRW vom 30. 6. 2011

**RiStA**

**braucht Leserbriefe**

**rista@drb-nrw.de**



## Landesvertreterversammlung in Detmold

### Selbstverwaltung der Dritten Gewalt

Unabhängig in die Zukunft oder Justiz nach Kassenlage?

#### LANDESVERTRETERVERSAMMLUNG

des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW e.V.

**Dienstag, 20. September 2011, 10:00 Uhr,**

Detmolder Stadthalle, Schlossplatz 7, 32756 Detmold

**Begrüßung:** Reiner Lindemann  
Vorsitzender des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW

**Grußworte:** Thomas Kutschaty  
Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Christoph Frank  
Vorsitzender des Deutschen Richterbundes

Rainer Heller  
Bürgermeister der Stadt Detmold

#### Podiumsdiskussion:

Thomas Kutschaty  
Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Christoph Frank  
Vorsitzender des Deutschen Richterbundes

Stefan Tappeiner  
Sekretär der ital. Richtervereinigung  
Associazione Nazionale Magistrati

Dr. Carsten Günther  
Vorsitzender der Verwaltungsrichtervereinigung NRW

**Moderation:** Dr. Frank Überall  
Politologe – Freier Journalist

### Tagesordnung

- 1) Beschluss zur Selbstverwaltung
- 2) Bericht des Geschäftsführenden Vorstands
- 3) Bericht über die Sitzung der Assessorenvertreter-innen der Bezirksgruppen am 19. 9. 2011
- 4) Kassenbericht
- 5) Bericht der Kassenprüfer
- 6) Entlastung des Vorstands
- 7) Wahl der Kassenprüfer für die Geschäftsjahre 2012/2013
- 8) Wahl des Geschäftsführenden Vorstands und der fünf Staatsanwaltschaftsvertreter im Gesamtvorstand
- 9) Haushalt 2012/2013
- 10) Staatsanwaltschaftsfragen
- 11) Bericht zu „Richter und Staatsanwalt in NRW“ (RiStA)
- 12) Martin-Gauger-Preis 2011
- 13) Verschiedenes

Die Vertreterversammlung tagt verbandsöffentlich. Jedes Mitglied ist berechtigt, in der Versammlung das Wort zu ergreifen. Alle Mitglieder des Verbandes sind eingeladen, an den Beratungen der Versammlung teilzunehmen, um auf diese Weise zur Meinungsbildung zu den aktuellen Fragen der Justizpolitik beizutragen und die Anliegen der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte unseres Landes vorzubringen.



# Abschluss einer Legislaturperiode

In der Landesvertreterversammlung (LVV) am 20. 9. 2011 wird ein neuer Landesvorstand gewählt. Das vorliegende RiStA-Heft beleuchtet daher mit mehreren Artikeln die Arbeit der letzten drei Jahre.

Der Geschäftsführende Vorstand traf am 6. 6. 2011 in Hamm und im Vorfeld der Gesamtvorstandssitzung vom 5. 7. 2011 in Kamen-Kaiserau zusammen. Dabei tauschten sich die Teilnehmer über die wahrgenommenen Termine und die mit Entscheidungsträgern aus den Ministerien und der Politik geführten Gespräche aus: Während in anderen Bundesländern das Thema Schließung von Gerichten traurige Aktualität erlangt, ist für NRW hervorzuheben, dass sich Staatssekretärin Dr. Brigitte Mandt am 27. 5. 2011 bei der Einweihung des Erweiterungsbaus des AG Bünde in Vertretung von JM Thomas Kutschat ausdrücklich zum Fortbestand gerade auch der kleinen Gerichte bekannte. Hierzu passt die aktuelle Nachricht, dass die Zusammenlegung der Amtsgerichte Herne und Herne-Wanne nun endgültig gestoppt zu sein scheint und die Zusammenlegung der Amtsgerichte Gelsenkirchen und Gelsenkirchen-Buer um mehrere Jahre verschoben werden soll. Voraussetzung der gesetzlich bereits zum 1. 1. 2012 (Herne) bzw. 1. 7. 2012 (Gelsenkirchen) beschlossenen Fusionen war, dass zu diesen Zeitpunkten Gerichtsneubauten zur Verfügung stehen sollten. Der BLB ist hier aber so sehr in Verzug geraten, dass mit den Baumaßnahmen noch nicht einmal begonnen wurde. Das Gerichtsgebäude Herne wird daher aus Kostengründen auf absehbare Zeit nicht realisiert werden können, das neue Justizzentrum Gelsenkirchen erst in einigen Jahren. Da das Justizministerium zu Recht Zweigstellenlösungen als ineffektiv und kontraproduktiv ablehnt, soll nach der Sommerpause das Gesetz über die Zusammenlegung dieser Gerichte in Herne aufgehoben und in Gelsenkirchen auf 2014 verschoben werden. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass die Kompetenz unseres Verbandes auch in anderen Bundeslän-

dern anerkannt ist: Der Landesvorsitzende Reiner Lindemann wurde vom hessischen Landtag zum 10. 8. 2011 als Sachverständiger zu einer Anhörung zum Thema „Schließung von Gerichten“ eingeladen.

Ein Großteil der beiden Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes und des Gesamtvorstandes wurde allerdings der Vorbereitung der LVV vom 20. 9. 2011 in Detmold unter dem Thema „Selbstverwaltung der Dritten Gewalt – Unabhängig in die Zukunft oder Justiz nach Kasernenlage?“ eingeräumt.



Als Mitglied des Bundespräsidiums des Deutschen Richterbundes hielt RinFG Elisabeth Kreth (Hamburg) hierzu in der Gesamtvorstandssitzung ein Kurzreferat. Sie schilderte den Diskussionsstand und erläuterte den Gesetzentwurf des Bundesverbandes für ein Landesjustizselbstverwaltungsgesetz. Die anschließende Diskussion im Gesamtvorstand verlief im Vorgriff auf die für die LVV als Hauptthema anstehende Problemstellung sehr engagiert und hat gezeigt, dass es lohnt, die Frage der Selbstverwaltung der Dritten Gewalt auch vor dem Hintergrund der gewachsenen Strukturen der Justiz des Landes NRW zu durchdenken.

Im öffentlichen Teil der LVV wird es u. a. eine von dem Kölner Journalisten Dr. Frank Überall geleitete Podiumsdiskussion unter Beteiligung des (fließend Deutsch sprechenden) Kollegen der italienischen Richtervereinigung Stefan Tappeiner geben.

Schließlich stehen noch Wechsel im Geschäftsführenden Vorstand und im Gesamtvorstand an: Johannes Schüler (Köln) scheidet nach vielen sehr aktiven und verdienstvollen Jahren aus dem Geschäftsführenden Vorstand aus. Ihm folgt als Internetredakteur Dr. Joachim Unger (Düsseldorf) nach. Auch Leonie Kaufmann-Fund (Köln) scheidet als langjähri-

ge Staatsanwaltsvertreterin aufgrund ihrer Pensionierung im Gesamtvorstand aus. Ihnen sei ausdrücklich für ihren hervorragenden Einsatz für die Belange der Kolleginnen auch an dieser Stelle gedankt.

Johannes Schüler hat zum Beispiel noch vor kurzem mit sehr großem Einsatz den Geldwäschetag (26. bis 28. 6. 2011 in Bergisch Gladbach) begleitet. Dabei hat er bei allen berechtigten Forderungen nach einer Intensivierung der Strafverfolgung in diesem Bereich immer wieder für unseren Verband darauf hingewiesen, dass dies nicht um den Preis der Aufgabe rechtsstaatlicher Selbstverständlichkeiten umgesetzt werden kann.

Last, but not least sei aus den Fachgerichtsbarkeiten mitgeteilt, dass die Arbeitsbelastung in der Sozialgerichtsbarkeit selbst im Verhältnis zur ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Staatsanwaltschaft andauernd hoch ist. Hingegen ist in der Arbeitsgerichtsbarkeit Ende 2010 stellenbasiert eine Belastung von 100 % nach PEBBSY erreicht worden. Letzteres liegt an gesunkenen Fallzahlen einerseits und an der Einstellung zusätzlicher Richter andererseits – auch ein stolzer Erfolg des DRB-NRW! Wie sich allerdings die tatsächliche – personalverwendungsbasierte – Belastung darstellt, steht an anderer Stelle... (105 % Stellen nach PebbSy = 100 % Belastung nach PebbSy!).

Wir bleiben dran!

**Roben**  
für Richter, Anwälte,  
Protokollführer in  
hervorragender  
Qualität.



Gerne senden wir  
Ihnen ein Angebot  
mit unseren 10  
versch. Stoffproben

Seit 1890  
*F.W. Jul. Assmann*

**Maßanfertigung und  
Konfektionsgrößen zu  
gleichen Preisen**  
(ab 215,- zzgl. MWSt.)

F.W. Jul. Assmann  
Postfach 1130,  
58461 Lüdenscheid  
Tel. ++49 2351/22 492  
Fax: ++49 2351/38 08 66  
jurist@f-w-jul-assmann.de  
www.f-w-jul-assmann.de

Extra günstig vom Spezialisten  
anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht,  
kommt zu uns,  
seit über 30 Jahren.



## Beamtendarlehen mit \*Best-Preis-Garantie

Hypotheken- und Beamtendarlehendiscouter  
Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €



\* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:

Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.d.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12jähriger Laufzeit - (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100,- € Tankgutschein**.



Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178190-25  
Info@AK-finan.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

### Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Solizins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



**Personalbedarfsberechnung im Ländervergleich auf der Grundlage  
der Geschäftszahlen für 2009  
hier: richterlicher Dienst in der ordentlichen Gerichtsbarkeit**

| Länder                 | Personalbedarf<br>2009 | Personal-<br>verwendung<br>31. 12. 2009 | Belastungs-<br>quote | Jahres-<br>arbeitszeit | Umrechnung<br>JAZ NRW | Belastungsquote<br>auf Basis Jahres-<br>arbeitszeit NRW |
|------------------------|------------------------|---|----------------------|------------------------|-----------------------|---|
| Bayern                 | 2 208,9                | 1 932,9                                 | 114,3                | 106 213                | 2 286,7               | 118,3   |
| Berlin                 | 1 047,5                | 954,3                                   | 109,8                | 98 395                 | 1 004,6               | 105,3   |
| Brandenburg            | 482,8                  | 482,4                                   | 100,1                | 98 569                 | 463,8                 | 96,2  |
| Hessen                 | 1 264,2                | 1 127,1                                 | 112,2                | 104 276                | 1 284,9               | 114,0   |
| Mecklenburg-Vorpommern | 306,3                  | 296,5                                   | 103,3                | 100 900                | 301,2                 | 101,6   |
| Niedersachsen          | 1 509,4                | 1 314,6                                 | 114,8                | 101 899                | 1 499,1               | 114,0   |
| <b>NRW</b>             | <b>3 953,0</b>         | <b>3 312,9</b>                          | <b>119,3</b>         | <b>102 600</b>         | <b>3 953,0</b>        | <b>119,3</b>  |
| Rheinland-Pfalz        | 768,8                  | 693,1                                   | 110,9                | 101 820                | 763,0                 | 110,1   |
| Saarland               | 200,7                  | 182,2                                   | 110,2                | 101 448                | 198,5                 | 108,9   |
| Sachsen                | 700,3                  | 690,3                                   | 101,4                | 99 836                 | 681,4                 | 98,7  |
| Sachsen-Anhalt         | 389,5                  | 381,0                                   | 102,2                | 98 748                 | 374,8                 | 98,4  |
| Schleswig-Holstein     | 531,4                  | 508,0                                   | 104,6                | 104 295                | 540,2                 | 106,3   |
| Thüringen              | 365,9                  | 379,1                                   | 96,5                 | 102 115                | 364,2                 | 96,1  |
| Insgesamt              | 13 728,8               | 12 254,4                                | 112,0                | 101 624                | 13 598,2              | 111,0   |

**Personalbedarfsberechnung im Ländervergleich auf der Grundlage  
der Geschäftszahlen für 2009  
hier: staats- und anwaltschaftlicher Dienst**

| Länder                 | Personalbedarf<br>2009 | Personal-<br>verwendung<br>31. 12. 2009 | Belastungs-<br>quote | Jahres-<br>arbeitszeit | Umrechnung<br>JAZ NRW | Belastungsquote<br>auf Basis Jahres-<br>arbeitszeit NRW |
|------------------------|------------------------|---|----------------------|------------------------|-----------------------|---|
| Bayern                 | 782,5                  | 641,9                                   | 121,9                | 106 213                | 810,0                 | 126,2   |
| Berlin                 | 487,3                  | 396,3                                   | 123,0                | 98 395                 | 467,3                 | 117,9   |
| Brandenburg            | 308,2                  | 257,1                                   | 119,9                | 98 569                 | 296,1                 | 115,2   |
| Hessen                 | 576,2                  | 448,8                                   | 128,4                | 104 276                | 585,6                 | 130,5   |
| Mecklenburg-Vorpommern | 179,3                  | 155,3                                   | 115,4                | 100 900                | 176,3                 | 113,5   |
| Niedersachsen          | 753,2                  | 585,7                                   | 128,6                | 101 899                | 748,1                 | 127,7   |
| <b>NRW</b>             | <b>1 558,2</b>         | <b>1 198,2</b>                          | <b>130,0</b>         | <b>102 600</b>         | <b>1 558,2</b>        | <b>130,0</b>  |
| Rheinland-Pfalz        | 373,7                  | 316,9                                   | 117,9                | 101 820                | 370,9                 | 117,0   |
| Saarland               | 65,7                   | 53,1                                    | 123,6                | 101 448                | 64,9                  | 122,2   |
| Sachsen                | 327,6                  | 306,8                                   | 106,8                | 99 836                 | 318,7                 | 103,9   |
| Sachsen-Anhalt         | 217,1                  | 199,5                                   | 108,8                | 98 748                 | 209,0                 | 104,8   |
| Schleswig-Holstein     | 264,8                  | 213,3                                   | 124,1                | 104 295                | 269,1                 | 126,2   |
| Thüringen              | 183,1                  | 172,3                                   | 106,2                | 102 115                | 182,2                 | 105,7   |
| Insgesamt              | 6 076,8                | 4 945,2                                 | 122,9                | 101 624                | 6 019,0               | 121,7   |



## Bericht vom Assessoren-Seminar in Berlin

Eine gelungene Premiere erlebten rund 30 junge Assessoren aus dem gesamten Bundesgebiet bei einer ganz neuen Fortbildungsveranstaltung des Deutschen Richterbundes. Beim „Seminar für junge Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte“ vom 24. bis 26. 6. 2011 in der DRB-Bundesgeschäftsstelle standen die Entwicklungsmöglichkeiten der Assessoren im beruflichen und persönlichen Umfeld im Mittelpunkt. Der DRB hatte Assessoren aus jedem Bundesland und zahlreiche hochkarätige Referenten eingeladen; der DRB-NRW schickte Stefan Ruwwe-Glösenkamp aus Herford, Susanne Altmiks aus Geldern und Bastian Haberland aus Kleve. Am Ende der drei Tage in der Bundeshauptstadt waren sich alle Teilnehmer darin einig, dass dem DRB mit dieser inhaltlich speziell auf die ganz jungen Richter und Staatsanwälte zugeschnittenen Veranstaltung ein Volltreffer gelungen war.

Zum Auftakt warf OStA Christoph Frank (Freiburg) als Vorsitzender des DRB den Blick auf aktuelle justizpolitische Themen und Diskussionen im DRB. Im ersten großen Themenblock standen anschließend die vielfältigen Möglichkeiten einer Abordnung aus dem richter- oder staatsanwaltlichen Dienst ins Ausland auf dem Programm. Gehört hatte zwar jeder der Teilnehmer schon einmal von der Option eines solchen Einsatzes, wie der Weg dorthin aber tatsächlich führt, war kaum einem klar. VROLG Dr. Hein Bölling (Bremen) berichtete von seinen guten Erfahrungen als Beauftragter für die Richterfortbildung in Georgien. Dort führte er in der Vergangenheit bereits mehrfach Seminare für Richter durch. Eindrucksvoll schilderte er, wie Horizont erweiternd ein solcher Einsatz sein kann.

Juli Tumler vom Büro „Führungskräfte für internationale Organisationen“ (BFIO) unterstrich in ihrem Vortrag den Bedarf an deutschen Richtern und Staatsanwälten im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit. Schließlich sei es politisch gewollt, die Zahl deutscher Juristen bei internationalen Organisationen zu erhöhen. Sie ermutigte alle Teilnehmer, den zeitlich begrenzten Sprung ins Ausland zu wagen. Gute Chancen bestehen etwa bei der Weltbank, den Internationalen Strafgerichtshöfen oder im Rahmen von Friedensmissionen.

Begeistert berichtete RLG Dr. R.-E. Himmer (Berlin) von seiner Zeit als Mitglied

des Kabinetts der rumänischen Richterin Camelia Toader beim EuGH. Er bestärkte alle Teilnehmer, sich selbst einer solchen Herausforderung zu stellen, weil die dort gemachten Erfahrungen unbezahlbar seien. Beim EuGH, den internationalen Gerichtshöfen und dem EGMR sind sowohl Kurzzeitpraktika als auch Langzeithospitationen möglich. Vermittelt werden diese von dem internationalen Richterfortbildungsprogramm, dem „European Judicial Training Network“ (EJTN).

Danach folgten Vorträge und Berichte zu den Möglichkeiten einer Abordnung innerhalb Deutschlands am Beispiel des

Bundesjustizministeriums (BMJ). StA Dr. Christian Schernitzky, zzt. im BMJ, und MinR Oliver Sabel, früher Richter und jetzt ebenfalls im BMJ, erläuterten, welche vielfältigen Einsatzmöglichkeiten es für Richter und Staatsanwälte in dem Ministerium gibt. Im BMJ arbeiten zzt. etwa 290 Juristen, von denen 120 aus den Landesjustizverwaltungen abgeordnet sind. Da die Dauer der Abordnung in der Regel zwei Jahre beträgt, ist die Fluktuation im Haus groß und ein Bedarf an frischen Kräften ständig vorhanden. Eine Verlängerung auf bis zu drei Jahre ist nach Absprache ebenso möglich wie ein dauerhafter Wechsel in das Bundesbeamtenverhältnis.



### Gemeinsame Pressemitteilung\*)

## Experten fordern Neuausrichtung der Geldwäschebekämpfung

Eine breite Front aus Kriminalbeamten, Richtern, Staatsanwälten, Finanzbeamten und Zollbeamten aus dem In- und Ausland diskutierte bei einer dreitägigen Fachtagung in der Thomas-Morus-Akademie in Bergisch-Gladbach über Defizite der Geldwäschebekämpfung und erarbeitete Lösungsansätze.

Die Kooperationspartner fordern nach ihren Beratungen schrittweise eine strategische Neuausrichtung ein.

Es ist erforderlich, dass auftretenden Anhaltspunkten für Geldwäscheaktivitäten nicht nur konsequent nachgegangen wird, es ist zusätzlich auch sicherzustellen, dass in den relevanten Schnittstellen des Wirtschaftsverkehrs nach derartigen Anhaltspunkten konsequent gesucht wird.

Deshalb ist es unverzichtbar,

- den Fokus auf alle Bereiche des Wirtschaftslebens auszuweiten, in denen erfahrungsgemäß Geldwäsche stattfinden kann,
- eine Stärkung der Kontrollen durch Vereinheitlichung der Aufsichtsstrukturen vorzunehmen,
- ein ressortübergreifendes europäi-

sches Expertenforum aus Praktikern einzurichten,

- die gegenseitige Rechtshilfe zu optimieren,
- zusätzliches spezialisiertes Fachpersonal zur Geldwäschebekämpfung bereitzustellen,
- ein Bewusstsein für die Gefährlichkeit der Geldwäsche zu schaffen, da sie der notwendige Nährboden für die „Mafia“, die Korruption und die Wirtschaftskriminalität ist.

Die Kooperationspartner stellen heraus:

„Eine verstärkte und nachhaltige Geldwäschebekämpfung ist notwendig zum

- Schutz der Wirtschaft vor dem Einfluss inkriminierten Vermögens,
- Schutz des Rechtsstaats,
- Schutz des Bürgers durch Bekämpfung der Schwerekriminalität,
- Schutz und zur Stärkung des Gemeinwohls.“

\*) des DRB-NRW, des Bundes der Kriminalbeamten, der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft vom 28. 6. 2011



Um die Durchlässigkeit der richter- und staatsanwaltlichen Laufbahn ging es in zwei Vorträgen von Regierungsdirektorin Ida Mödl vom Bay. Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz und RLG Kay Lange (Lüneburg). In Bayern wechselt üblicherweise jeder Richter und jeder Staatsanwalt für mehrere Jahre in die jeweils andere Laufbahn; in anderen Bundesländern ist ein solcher Wechsel indes eher die Ausnahme. Einig waren sich beide Referenten darin, dass ein Laufbahnwechsel den Horizont erweitere und die eigene Flexibilität erhöhe. Wer beide Laufbahnen von innen kenne, könne sich nachher leichter in die jeweils an-

dere „Seite“ hineinversetzen und mehr Verständnis für die Besonderheiten der jeweiligen beruflichen Praxis aufbringen. Kritisch diskutiert wurde anschließend allerdings auch die Frage, ob die richterliche Unabhängigkeit durch einen solchen Laufbahnwechsel beeinflusst werden kann.

Neben den weiteren persönlichen Entwicklungsmöglichkeiten standen auch grundlegende Fragen im Mittelpunkt, die jeden Assessor irgendwann beschäftigen: Die stellvertretende DRB-Bundesvorsitzende OStAin Andrea Titz (München) befasste sich mit Fragen der Ethik im rich-

ter- und staatsanwaltlichen Beruf, RinLG Dr. Maike Otten (Bremen) und RAG Aykut Tuncel (Neumünster) berichteten von ihren Erfahrungen mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. RSG Dr. Bernhard Scholz (Mainz) erläuterte als Präsidiumsmitglied das Engagement und die Arbeitsweise des DRB. Einen ganz persönlichen, humorvollen und motivierenden Erfahrungsbericht über den Weg „Vom Proberichter zum Justizminister“ lieferte schließlich der schleswig-holsteinische Justizminister Emil Schmalfuß in seinem Abschlussvortrag.

**R Stefan Ruwwe-Glösenkamp,  
AG Herford**

## „Haus des Rechts“ – Kronenstr. 73/74 in Berlin

Den Mitgliedern des Richterbundes ist die Anschrift „Kronenstraße 73/74, 10117 Berlin“ als die Adresse des Dachverbandes der Mitgliedsverbände, des „Deutschen Richterbundes“, bekannt. Das Haus ist Bürositz der Geschäftsführung mit dem Geschäftsführer Philipp Iza Schilling und seinem Vertreter Konstantin Hoffmann sowie der festen Mitarbeiterinnen Cornelia Bräutigam, Ira Scheithauer und Anke Harsch, die zudem von wissenschaftlichen Mitarbeitern und Hilfskräften unterstützt werden. Der Redaktionssitz der „Deutschen Richterzeitung“, in welcher der DRB durch die Referendarin Elisabeth Sift vertreten ist, befindet sich dort, und als Herausgeber des „Handbuch der Justiz“ ist der DRB über die Anschrift zu erreichen. Die gesamte Arbeit des Dachverbandes, v. a. die Koordination der Termine der Präsidiumsmitglieder, die Bearbeitung der Anfragen zu Teilnahmen an Anhörungen in Bundestags- und Bundesratsgremien sowie an „Runden Tischen“ und Arbeitsgruppen mit Vertretern anderer Verbände, wird von

hier aus geleistet, die Veranstaltungen des DRB von hier aus organisiert.

Teilweise unbemerkt ist in dem Gebäude, das im Eigentum des DRB steht, in den letzten Jahren zunehmend ein „Haus des Rechts“ als Stätte des Meinungsaustauschs aller an der Rechtschaffung und -umsetzung beteiligten Kreise entstanden.

Außer dem DRB, der drei der fünf Etagen nutzt, beherbergt das Haus die Geschäftsstelle des Deutschen Notarvereins e. V. (DNotV) und die Berliner Geschäftsstelle der Deutschen Stiftung für Internationale Rechtliche Zusammenarbeit e. V. (IRZ). Dadurch ist für alle Nutzer eine „win-win“-Situation entstanden. Gemeinsam mit dem DNotV wird das jährliche Sommerfest ausgerichtet, bei dem mit Vertretern aus der Justizpolitik und von anderen Verbänden justizpolitische Themen diskutiert werden können. In persönlichen Gesprächen lassen sich hier häufig viele Fragen schnell und unkompliziert klären, ohne dass sich daraus gleich eine Verbindlichkeit herleiten müsse.

Das Sommerfest schickt sich an, an den Erfolg des jährlich vom DRB als Alleinveranstalter ausgerichteten parlamentarischen Abends anzuschließen, bei dem die Beziehungen des Verbandes zur Politik weiter vertieft werden. So erhalten die Kontakte eine Regelmäßigkeit, die über den rein fachbezogenen und anlassgebundenen Austausch hinausgeht. Die in den letzten Jahren zunehmende Bedeutung des Verbandes in der Rechtspolitik lässt den zunächst umstrittenen Umzug nach Berlin am 1. 3. 1999 nach fast 25-jährigem Sitz zuvor in Bonn als die richtige Entscheidung erscheinen.

Unregelmäßig, etwa zweimal pro Jahr, finden seit 2010 „Abendgespräche“ statt. Dazu lädt der Verband eine namhafte(n) Rechtspolitiker(in) ein, um deren/dessen Positionen zu einem aktuellen Thema zur Diskussion zu stellen. Die jeweils 40 bis 50 Zuhörer setzen sich aus Vertretern der Mitgliedsverbände, Justizpolitikern und -praktikern sowie einem wechselnden Vertreter der Presse zusammen. Die bisherigen Veranstaltungen wie „Die StA Potsdam als Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Straftaten von Angehörigen der Bundeswehr im Ausland?“ (Jörg van Essen, MdB), „Sicherungsverwahrung“ (Andrea Voßhoff, MdB) und „Vorratsdatenspeicherung“ (Jerzy Montag, MdB) haben sich als äußerst interessant erwiesen. Trotz der Anwesenheit eines Pressevertreters fanden sie in einem fast privaten Klima statt, woraus sich ergab, dass dort fachbezogenen Tacheles geredet wurde.

Durch die Zusammenarbeit mit der IRZ wurde das Haus zu einem Ort internationaler Beziehungen. Die 1992 gegründete Stiftung unterstützt im Auftrag der Bundesregierung Partnerstaaten bei der Reformierung ihres Rechtssystems und Justizwesens. Der DRB ist durch seinen Vorsitzenden Christoph Frank im Kuratorium der IRZ vertreten. Die von der Stiftung empfangenen Abordnungen von Justizpraktikern und -politikern aus den unterstützten Ländern besuchen nahezu regelmäßig den DRB. Das Interesse an dem Verband ist groß, ist doch in einem Teil der Länder eine unabhängige Interessenvertretung der Richter und Staatsanwälte häufig erst im Aufbau, nicht selten aber auch bloße Utopie. Der DRB seinerseits unterstützt die IRZ bei der Vermittlung von Experten für Vorträge im Ausland. Dies eröffnet die Möglichkeit, international für das deutsche Recht zu werben und damit an die Projekte anzuknüpfen, die sich bereits in den bei-





den gemeinsam mit anderen Verbänden verfassten Broschüren „Law – Made in Germany“ (Herausgeber DRB in Zusammenarbeit mit der BNotK, der BRAK, dem DAV und dem DNotV), und „Kontinentales Recht“ (Herausgeber DRB in Zusammenarbeit mit der Association des Juristes Français et Allemands, der BNotK, der BRAK, dem Conseil National des Barreaux, dem Conseil Supérieur du Notariat, dem DAV, dem DNotV, der Fondation pour le Droit Continental und der Université Paris Panthéon-Assas/Paris II), niedergeschlagen haben.

Vornehmlich dient die Geschäftsstelle jedoch dem innerverbandlichen Meinungsaustausch. Das Präsidium hält in der Regel monatlich an einem Wochenende hier seine Sitzung ab, aus denen z. B. im Jahr 2010 59 Stellungnahmen insbesondere zu Gesetzgebungsvorhaben folgten. Zudem dient das Gebäude als zentrale Anlaufstelle für die Arbeitsgruppen und Fachkommissionen des Verbandes und als Treffpunkt für sonstige Veranstaltungen des Verbandes. Selbstverständlich können die Räumlich-

keiten auch von Bezirksgruppen genutzt werden, wenn diese Berlin besuchen.

Ganz bewusst erinnert der DRB in der Kronenstraße 73/74 auch an die unrühmliche Vergangenheit der Justiz in Deutschland. Am 6. 10. 2010 wurde in Anwesenheit der Präsidentin des Zentralrats der Juden, Dr. h. c. Charlotte Knobloch, des Botschafters des Staates Israel in Deutschland, Yoram Ben-Zeev, und der BJM'in Sabine Leutheusser-Schnarrenberger im Eingangsbereich des Gebäudes eine Kupfer-Gedenktafel mit den Namen der zu Zeiten des Nationalsozialismus verfolgten jüdischen Kolleg-inn-en enthüllt. Der DRB bekennt sich damit zu seinem Versagen in jener Zeit, in der er den verfolgten, entrechteten und aus dem Amt getriebenen Kolleg-inn-en aus der Richter- und der Staatsanwaltschaft nicht beigestanden hat. Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu können, weist die Tafel über 700 Namen auf, denen der Verband ein Andenken setzen will.

**VRLG Stefan Caspari, Dessau-Roßlau**  
(Mitglied des Bundespräsidiums)

[www.NORDSEE-SANATORIUM.DE](http://www.NORDSEE-SANATORIUM.DE)  
Private Krankenanstalt  
Deichstraße 13a  
26434 Wangerland-Horumsersiel  
Tel. (0 44 26) 9 48 80  
Fax (0 44 26) 94 88 99

**MERINO ROBEN**  
FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE!

**TRAGEKOMFORT**  
Sie werden keine leichtere Robe mit angenehmeren Trageeigenschaften finden, als die **Robe ELITE**.

**DIE REINE NATUR**  
Die Richter/Staatsanwaltsrobe **ELITE** hat hochwertige Samtbesätze aus 100% Baumwolle.

**FEINSTE SCHURWOLLE**  
Der Oberstoff ist aus sehr hochwertiger, **superleichter** Schurwolle. Feinstes Merino-Kammgarn!

**AB HERSTELLER**  
Die Robe **ELITE** kaufen Sie bei uns direkt ab Hersteller!

[www.roben-shop.de](http://www.roben-shop.de)

**NATTERER**  
Profi Design NATTERER GmbH  
73730 Esslingen a.N.  
Zeppelinstraße 136  
Telefon 0711/3166980

## StAKom und ARK, StA-Tag und ART

Seit Jahr(zehnt)en bestehen im Landesverband eine StA-Kommission und eine Amtsrichterkommission. Sie sind die „Brutstätten“ für Ideen und Entwicklungen, mit denen die Verbandsarbeit befruchtet wird. Unter dem Vorsitzenden Reiner Lindemann sind als Veranstaltungsreihe der Amtsrichtertag eingeführt und der Staatsanwaltstag fortgeführt worden, die jeweils im Wechsel alle zwei Jahre in Mülheim (in der Stadthalle oder in Schloss Broich) durchgeführt werden sollen. StAKom und ART sind die organisatorischen Kräfte, die diese Veranstaltungen strukturieren. Nach dem gerade in diesem Mai durchgeführten 2. ART beginnt nun die Arbeit für den 3. StA-Tag, der am 19. 4. 2012 in der Stadthalle in Mülheim stattfinden wird. Dieser Termin sollte daher schon jetzt vorgemerkt und freigehalten werden.

Beide Gremien, StAKom und ARK, bestehen aus Mitgliedern von den Amtsgerichten bzw. Staatsanwaltschaften aus ganz NRW und tagen drei-/viermal im Jahr. Die Tagungsergebnisse werden jeweils in RiStA veröffentlicht. Interessierte Kolleg-inn-en sind jederzeit zur Mitarbeit willkommen.

Ein Verband lebt von den Aktivitäten seiner Mitglieder; wir haben inzwischen über 3000. Es lassen sich immer Arbeitsfelder finden, auf denen sich jemand betätigen und vielleicht sogar manches besser machen kann. Dazu bedarf es keiner Wahl durch den Vorstand. Es reicht die Meldung zur Arbeitsbereitschaft.



## Vorbereitungen für den StA-Tag und die Personalratswahlen 2012

Die **StA-Kommission** beschäftigt sich derzeit in erster Linie mit der Vorbereitung und Organisation des 3. Staatsanwaltstages. Die Workshops sollen sich mit folgenden Themen befassen: **mit Alternativen zur Erprobung**, wobei ein Referent aus einem anderen Bundesland angeworben werden soll, **mit der Behandlung der Frage, ob dem Staatsanwalt richterliche Unabhängigkeit verliehen werden sollte**, die besondere Aktualität dadurch

erhält, dass auch im Entwurf des Bundesverbandes für eine selbstverwaltete Justiz ein externes Weisungsrecht des Justizrates vorgesehen ist und **mit einer personalvertretungsrechtlichen Fragestellung**, in der es um die Erwartungen der Kollegen an die Mitglieder der Personalräte geht.

Weiterhin befasst sich die Kommission mit der Vorbereitung der voraussichtlich kurz nach dem StA-Tag anstehenden Wahlen zu den Personalräten, wobei insbesondere nochmals auf die erstmals stattfindenden Wahlen zu den Personalräten vor Ort hingewiesen und an alle Kolle-

gen appelliert wird, sich dafür einzusetzen, dass an keiner Behörde auf diese Einrichtung verzichtet wird. Insoweit werden wir die Kollegen weiterhin per E-Mail unterrichten.

Die StA-Kommission tagt wieder am 10. 11. 2011.



## Die Landeszeitschrift „RiStA“

### Mit Echo!

Die Landeszeitschrift „Richter und Staatsanwalt in NRW“ begleitet seit dem Jahre 1980 die Verbandspolitik, also seit über 30 Jahren. Sie hat daher auch die Wahlperiode des jetzigen Vorsitzenden Reiner Lindemann seit Oktober 2008 dokumentiert und seine Arbeit und die des gesamten Vorstandes unterstützt.

Die Redaktion hat es sich zur Aufgabe gemacht, diese Arbeit im öffentlichen Leben deutlich zu machen, indem die Zeitschrift nicht nur allen Richtern und Staatsanwälten in NRW zur Verfügung gestellt wird. Bei einer Gesamtauflage von 7400 Exemplaren je Heft gehen die einzelnen Ausgaben auch an den Bundesverband und die Mitgliedsverbände des DRB, selbstverständlich an die Ministerien in NRW und an Politiker wie die Mitglieder des Rechtsausschusses des Landtages sowie an die Medien von Funk und Fernsehen und an befreundete Verbände wie an den Deutschen Beamtenbund.

RiStA will mit dieser großen Verbreitung erreichen, dass unsere Verbandsmeinung gehört und gelesen wird. Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW ist einer der Spitzenverbände im Lande, die das Recht haben, bei den Gesetzesvorhaben angehört zu werden, folglich Gelegenheit erhalten, sachverständigen Rat einzubringen. Durch unsere Zeitschrift können wir z. B. die an den Landtag gerichteten Stellungnahmen, so zuletzt zum Haushalt des Landes (siehe RiStA 2/2011), landesweit publizieren. Das Echo der Medien auf unsere Veröffentlichungen belegt, dass der DRB-NRW bei allen Ereignissen mit Justiz-Hintergrund, u. a. selbst bei Fällen (vorzeitiger) Haftentlassung und Haftentweichung oder Haftverschonung gehört und als Gesprächspartner für Inter-

views gesucht wird. Diese Stellung im öffentlichen Leben zu erhalten und zu unterstützen ist die eine Säule der Redaktionsarbeit.

Darüber hinaus sieht die Redaktion eine Verpflichtung darin, das Verbandsleben darzustellen und historisch zu dokumentieren. Die zusammengetragenen Deckblätter von RiStA aus der Amtsperiode von Reiner Lindemann belegen die Spannweite unserer Berichterstattung.

In die Ägide Reiner Lindemann fiel z. B. das 60-Jahr-Jubiläum unseres Landesverbandes im Oktober 2009 und die 60-Jahr-Veranstaltung des DRB Bund in Berlin im Januar 2010, über die in den RiStA-Heften 6/2009 und 2/2010 berichtet wurde.

Nicht ganz so historisch, aber dennoch „wertvoll“ ist die Darstellung unserer Verbandstätigkeit, wenn es um die Arbeit aus den einzelnen Tagungen des Vorstandes und der Kommissionen geht. Es ist uns wichtig, mit diesen Berichten das Innenleben des Verbandes nach außen zu kehren. Unsere Mitglieder, aber auch die interessierte Öffentlichkeit, sollen Gelegenheit erhalten zu lesen, welche Probleme auf diesen Tagungen besprochen werden und welche Lösungen der DRB-NRW findet.

Schließlich geht es bei den Wahlen zu den Richterräten und zu den Personalräten bei den Staatsanwälten auch um die Darstellung der Kandidaten. Die in RiStA veröffentlichten Listen und Berichte haben jeweils zu großen Mehrheiten für unseren Verband in diesen Gremien geführt, weil deutlich gemacht werden konnte, **wofür der Bund der Richter und Staatsanwälte eintritt**. Es geht nicht um die Ideen der Funktionäre, sondern um das, was bei den Mitgliedern ankommt!

Um diese Redaktionsaufgaben durchführen zu können, bedarf es der Mitarbeit

vieler Kolleginnen und Kollegen. Sie bringen ihre Erfahrungen aus ihren Dezernaten an den Gerichten und Staatsanwaltschaften ein, um ein lebendiges Bild der Justiz zu erstellen. Dazu gehört Engagement und manchmal Mut, um auch ein unbequemes Thema öffentlich zu machen. RiStA ist nicht das Sprachrohr des Justizministeriums – wie die wieder vom Markt genommene Zeitschrift JUSTIZ intern – und muss bei den Berichten auch schon mal anecken

Im Interesse unserer Sache haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder engagierte Mitstreiter gefunden, die sich ehrenamtlich für RiStA einsetzen. Als verantwortlicher Redakteur dieser Zeitschrift gehe ich davon aus, dass diese Bereitschaft auch in Zukunft besteht. Natürlich brauchen wir auch neue Mitarbeiter, die die Themen aufarbeiten und dazu auch bereit sind, ihre Freizeit einzusetzen. Die Redaktion tagt vor dem Erscheinen der jeweiligen (sechs) Hefte im Jahr und legt in einer dieser Sitzungen am Jahresende einen Themenkatalog fest, um für jedes Heft ein Hauptthema zu haben, wie z. B. in RiStA 2/2011 die Berichterstattung vom Richter- und Staatsanwaltstag in Weimar aus Landessicht (siehe Foto).

**RAG a. D. Wolfgang Fey, Düsseldorf**



dieser neben Johannes Schüler und Dr. Joachim Unger RLG Dr. Christian Hoppe (Köln), StA Markus Hartmann (Köln) und RLG Harald Iber (Kleve) an.

Im Zuge des technischen Fortschritts konnte die Seite auf ein Content-Management-System unter Verwendung des weit verbreiteten Open-Source-Programms „joomla“ umgestellt werden. Kennzeichen eines solchen Systems ist u. a. die Trennung des Inhalts vom technischen Gerüst der Seite. Eine Pflege der Inhalte

## Die Internetseite des DRB-NRW

Wegen der zunehmenden Bedeutung des Internets wurde es notwendig, dass der Landesverband auch hier vertreten ist (www.drb-nrw.de). Auf Initiative der nachmaligen Landesvorsitzenden Roswitha Müller-Piepenkötter wurde im Juni 1999 die Homepage des DRB-NRW in Betrieb genommen. In technischer Hinsicht wurde sie von Anfang an durch ROLG Dr. Joachim Unger (Düsseldorf)

betreut und gepflegt; im Landesvorstand wurden ihre Interessen zunächst von Frau Müller-Piepenkötter und sodann von OStA Johannes Schüler (Köln) wahrgenommen. Erst im Jahre 2008 wurde satzungsmäßig der Posten eines verantwortlichen Redakteurs für den Internetauftritt geschaffen. Johannes Schüler war der erste Amtsträger; es wurde eine offizielle Internetredaktion gebildet. Derzeit gehören



ist damit grundsätzlich für jeden einigermaßen bewanderten Internet-Nutzer möglich. Darüber hinaus lässt sich eine Vielzahl zusätzlicher Funktionalitäten realisieren und ständig ausbauen. Das System ist ein Werkzeug für den gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausch der Verbandsmitglieder und sogar für eine interaktive Zusammenarbeit der Vorstandsmitglieder untereinander, deren Bedeutung angesichts der knappen Zeitressourcen der ehrenamtlich tätigen Kolleginnen nicht zu unterschätzen ist.

Die Aufgabe, einen vollkommen neuen Internetauftritt zu schaffen, überstieg die Möglichkeiten des Ehrenamtes. Es wurde daher mit dem Web-Entwickler Frank Seidel aus Köln ein Fachmann mit der Arbeit beauftragt, der die Seite in enger Abstimmung mit Dr. Joachim Unger und Johannes Schüler entwickelte. Es entstand eine lange Liste mit über hundert Nachbesserungswünschen, so dass die neue Seite erst nach sechs Monaten am 6. 8. 2008 in den Echtbetrieb gehen konnte. Dies zeigt die Richtigkeit der Entscheidung, die Entwicklungsarbeiten an einen Profi zu vergeben. Frank Seidel hat auch jetzt noch die Aufgabe, Sicherheitsupdates einzupflegen und an dem Ausbau der Seite mitzuwirken.

Der Internetauftritt ergänzt die Außendarstellung des Verbandes und die Information seiner Mitglieder über seine Zeitschrift RiStA hinaus. Das Internet ist ein schnelles Medium, das es erlaubt, aktuelle Informationen zeitnah zu verbreiten. Außerdem unterliegt es nicht den Platzrestriktionen einer Zeitung, deren Sei-

tenzahl mit dem Verlag vereinbart ist und ohne Mehrpreis nicht überschritten werden kann. So können Reden bei Veranstaltungen im Internet im Volltext nachgelesen werden, während RiStA sich auf eine Zusammenfassung beschränken muss.

Das bedeutet auch, dass die Internet-Redaktion und die RiStA-Redaktion eng zusammenarbeiten. Johannes Schüler ist auch ständiges Mitglied der RiStA-Redaktion und verfasst Beiträge für beide Medien. Man sieht, die Arbeit geht Hand in Hand. Jedes RiStA-Heft wird seit Heft 3/2001 ins Internet eingestellt und man kann dort noch nach Jahren nachlesen, was zu einem bestimmten Zeitpunkt aktuell war. Um bestimmte Ereignisse aufzuspüren, hilft die in die Internetseite integrierte Suchfunktion, welche auch in einzelnen RiStA-Heften sucht.

Auf der Homepage fällt ein Veranstaltungskalender ins Auge, in dem alle wichtigen Termine eingestellt sind. Leider stellen nicht alle Bezirksgruppen ihre Veranstaltungen dort ein und teilen diese auch der Geschäftsstelle in Hamm nicht mit.

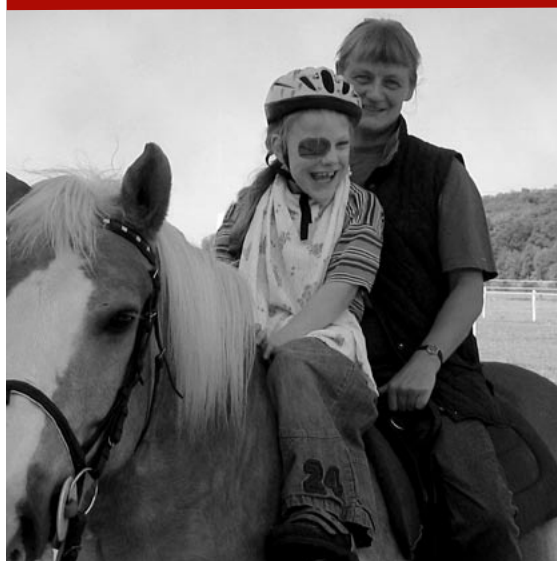
Über die Seite „drb-nrw.de“ kann man auch die einzelnen Bezirksgruppen aufrufen. Auch hier sind derzeit noch nicht alle Bezirksgruppen vertreten. Dabei erlaubt es das jetzige System auf sehr bequeme Art und Weise, eine eigene Bezirksgruppenseite zu erstellen. Dazu hat die Internet-Redaktion eine als Vorlage verwendbare Musterseite erstellt. Mit nur noch wenigen Änderungen kann jede Bezirksgruppe sich mit einem eigenen Internet-

auftritt darstellen und die Seite ohne zusätzliche Kenntnisse selbst weiterpflegen. Wahlweise kann eine Bezirksgruppe ihre Seite auch auf andere Art und Weise erstellen und über die Landesseite zugänglich machen.



Einige Bereiche der Internetseite sind nur für Mitglieder zugänglich, z. B. die Arbeitshilfen für Berufsanfänger. Schließlich machen es unsere Mitglieder mit ihren Beiträgen möglich, dass derartige nützliche Papiere erstellt werden.

Eine Funktion soll zum Schluss nicht verschwiegen werden: die – von uns zentral auch für die anderen Landesverbände des DRB mitgeführte – Stellenbörse. Schon seit vielen Jahren ist sie ein Highlight des DRB-NRW und erfreut sich regen Zuspruchs. Wer einen Tauschpartner sucht, weil er z. B. aus persönlichen Gründen in ein anderes Bundesland wechseln möchte, ist hier richtig.



Spendenkonto: KD-Bank eG  
BLZ 350 601 90 · Konto-Nr. 2 101 599 054

**VOLMARSTEIN**  
die evangelische Stiftung

## So helfen Sie mit Buß- und Strafgeldern

Mit der Zuweisung von Buß- u. Strafgeldern ermöglichen Sie zusätzliche pädagogische, therapeutische und pflegerische Aufgaben in der Behinderten- und Altenhilfe, wie z.B. das Therapeutische Reiten.

Die Evangelische Stiftung Volmarstein betreut ambulant, teilstationär und stationär körperbehinderte, pflegebedürftige und alte Menschen.

Sie ist Träger von Wohn- und Pflegeheimen, Ambulanten Diensten, Schulen und Werkstätten, bietet Berufsausbildung, eine Orthopädische Fachklinik und ist in der Forschung tätig.

Gerne senden wir Ihnen Informationen, teilausgefüllte Zahlscheine und Adressaufkleber zu.

Hartmannstraße 24 · 58300 Wetter (Ruhr) · Telefon (0 23 35) 639-0  
Fax (0 23 35) 639-109/119 · E-Mail: [vorstand@esv.de](mailto:vorstand@esv.de) · <http://www.esv.de>



## Menschenrechts-Engagement des Verbandes

### Martin-Gauger-Preis 2011

Richter und Staatsanwälte sind von Berufs wegen damit befasst, dem Recht zum Durchbruch zu verhelfen. Auch wenn der Volksmund meint, recht zu haben und recht zu bekommen sei zweierlei, so ist die tägliche Arbeit der Justizangehörigen doch auf die Durchsetzung von Recht gerichtet und damit letzten Endes dem Ziel der Gerechtigkeit verpflichtet. Während der Berufsalltag der Richter und Staatsanwälte der Einzelfallgerechtigkeit gewidmet ist, hat sich der Verband zur Aufgabe gemacht, auch den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang nicht aus dem Blick zu verlieren. Die über 20-jährige Kolumbienhilfe des Bundesverbandes zeugt von diesem gesellschaftlichen Engagement ebenso wie der Menschenrechtspreis, den der Bundesverband regelmäßig einem Richter, Staatsanwalt oder Rechtsanwalt verleiht, der sich unter Einsatz von Leben, Gesundheit oder persönlicher Freiheit um die Verwirklichung der Menschenrechte in seinem Land verdient gemacht hat. Zuletzt wurde der wegen Regimekritik inhaftierte syrische



Rechtsanwalt Anwar al-Bunni mit diesem Preis ausgezeichnet.

Der Landesverband NRW unterstützt die Arbeit des Bundesverbandes, geht aber darüber hinaus noch einen zusätzlichen Weg: Mit dem **Martin-Gauger-Preis** haben wir im Jahr 2006 einen Schülerwettbewerb zum Thema Menschenrechte ins Leben gerufen, der jeweils zum Menschenrechtstag am 10. 12. verliehen werden soll. Ziel ist es, junge Menschen dafür zu sensibilisieren, dass eine intakte Gesellschaft mit einem funktionierenden Rechtsstaat keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellt, sondern andauernder persönlicher und gesellschaftlicher Anstrengungen bedarf. Die Lebensge-

schichte Martin Gaugers dient dabei als eindrucksvolles Vorbild für gewissensorientiertes Handeln. Geprägt von christlichem Gedankengut verweigerte Staatsanwalt Martin Gauger nicht nur den Eid auf Adolf Hitler, sondern lehnte auch kategorisch den Kriegsdienst ab. Bis zu seiner Ermordung im Konzentrationslager Pina-Sonnenstein blieb Gauger seinen Überzeugungen treu. Die Angehörigen Martin Gaugers, allen voran seine zwischenzeitlich verstorbene Schwester, haben den Wettbewerb des Landesverbandes von Anfang an begrüßt und unterstützt.

Auch wenn der Bezug zum Dritten Reich vielleicht einen anderen Eindruck erweckt: Der Martin-Gauger-Preis soll das Augenmerk der Jugendlichen keineswegs nur auf die Vergangenheit richten. Es geht vielmehr darum, die Probleme der Gegenwart in den Blick zu nehmen. Den Begriff der „Menschenrechte“ haben wir dabei bewusst weit interpretiert, damit die Lebenswirklichkeit der Schüler-innen treffend abgebildet werden kann. Während der erste Wettbewerb im Jahr 2006 noch allgemein dem Thema „Menschenrechte“ und den internationalen Konventionen zu ihrem Schutz gewidmet war, haben wir die folgenden Ausschreibun-

## Wir gratulieren zum Geburtstag: September/Oktober 2011

### zum 60. Geburtstag

- 13. 9. Franz Börger
- 20. 9. Helmut Hackmann
- 26. 9. Manfred Kleeschulte
- 29. 9. Annegret Quack-Kummrow
- Rosemarie Zindel-Bösing
- 7. 10. Günter Krogmeier
- 9. 10. Harald Reske
- 18. 10. Erika Nagel
- 23. 10. Berthold Klein

### zum 65. Geburtstag

- 2. 9. Erich Eßer
- 17. 9. Paul Lomme
- 22. 9. Wilhelm Heinz Jennissen
- 1. 10. Adolf Lanzerath
- Bernd Leu
- 18. 10. Peter Gross
- 31. 10. Reinhard Baur
- Rainer Neuschmelting

### zum 70. Geburtstag

- 1. 9. Klaus Rissenbeck
- 7. 9. Edda Seidel
- 12. 9. Hans-Dieter Dodt
- 14. 9. Udo Peifer
- 24. 9. Paul Erdmann

### zum 75. Geburtstag

- 22. 9. Wilfried Hoelscher

- 9. 10. Konrad Bücholdt
- 10. 10. Paul Jendrek
- Hans-Josef Steuer
- 27. 10. Dr. Friedhelm Weyer

### und ganz besonders

- 1. 9. Dr. Leo Schwab (80 J.)
- 2. 9. Wilhelm Remy (80 J.)
- 4. 9. Alexander Decking (87 J.)
- 5. 9. Hans Spaetner (85 J.)
- 6. 9. Dr. Horst Gaebert (78 J.)
- 8. 9. Wilhelm Duellmann (79 J.)
- Dr. Helga Engshuber (76 J.)
- 10. 9. Norbert Golsong (76 J.)
- 12. 9. Paul Tillmanns (78 J.)
- Josef Wewers (77 J.)
- 15. 9. Werner Prestin (84 J.)
- 16. 9. Dr. Heinrich Wiesen (83 J.)
- 17. 9. Guido Kubisch (79 J.)
- 18. 9. Norbert Clouth (83 J.)
- 19. 9. Walter Steffens (92 J.)
- 20. 9. Fritz Wals (85 J.)
- 25. 9. Dietmar Finster (79 J.)
- Dr. Karl Hermann (90 J.)
- Josef Scheben (79 J.)
- 26. 9. Klaus Arend (78 J.)
- 29. 9. Dr. Franz Koemhoff (78 J.)
- 30. 9. Siegfried Krueger (79 J.)

- Karl-Heinz Peschgens (82 J.)
- 1. 10. Dr. Elisabeth Kühnel (79 J.)
- 4. 10. Bruno Hotze (78 J.)
- Dr. Heinz Schetter (78 J.)
- Reinhard Vahlhaus (76 J.)
- 6. 10. Josef Wedeking (77 J.)
- 7. 10. Dr. Werner Kreuz (86 J.)
- 8. 10. Otto Hagemann (77 J.)
- 9. 10. Dr. Ulrich Firnhaber (86 J.)
- 12. 10. Ernst-Jürgen Kratz (76 J.)
- Guntram Lauer (79 J.)
- Heribert Schmitz (82 J.)
- Alois Weiss (79 J.)
- 14. 10. Dr. Werner Gueldner (77 J.)
- Hendrik Luehl (76 J.)
- 17. 10. Heinz Bock (76 J.)
- Karla Horster (84 J.)
- Dietrich Ott (77 J.)
- 18. 10. Dr. Martin Birmanns (80 J.)
- 22. 10. Dr. Hans-Gerhard Feckler (78 J.)
- 23. 10. Armin Maaß (90 J.)
- Dr. Siegfried Maser (77 J.)
- 25. 10. Gert Viegner (76 J.)
- 30. 10. Dr. Bruno Bergerfurth (84 J.)
- Rudolf Mengerhausen (85 J.)
- 31. 10. Heinrich Brinkmann (77 J.)
- Reinhard Olfs (85 J.)



gen unter eine konkretere Überschrift gestellt. Der letzte Wettbewerb war der Problematik der „Jugendgewalt“ gewidmet, ein Thema, das Schüler-innen teilweise direkt betrifft. Dabei hat sich bewährt, dass der Martin-Gauger-Preis für alle Schulformen offensteht. So trafen bei der feierlichen Preisverleihung Schüler aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien aufeinander, die sich dem Thema auf ganz unterschiedliche Weise genähert hatten. Ob Schülerzeitung einer Hauptschule, Hörfunkbeitrag einer Realschulkasse oder künstlerische Auseinandersetzung eines gymnasialen Leistungskurses, allen Beiträgen war eine intensive, zumeist in Gruppen erarbeitete Auseinandersetzung mit der Problematik gemein.

Im Jahr 2011 steht der Martin-Gauger-Preis unter der Überschrift „Armut und soziale Ausgrenzung“. Das Thema hat in den Industrienationen mehrere Dimensionen und gewinnt gerade auch vor der aktuellen Hungerkatastrophe in Ostafrika an besonderer Bedeutung: Wer hierzulande arm ist, kann nach anderen Maßstäben durchaus als wohlhabend gelten. An der relativen Armut und der sozialen Randsituation von Schülern, die nur aufgetragene Kleider haben und aus Geldnot an einer Klassenfahrt nicht teilnehmen können, ändert dieser Umstand aber nichts. Nach den internationalen Definitionen ist Kinderarmut in Deutschland weit verbreitet. Die öffentliche Diskussion, um die richtige Bemessung von „Hartz IV“ ist in vollem Gang. Vor diesem Hintergrund können spannende Wettbewerbsbeiträge von den teilnehmenden Klassen erwartet werden.

## Vom Engel zum Bengel

*Si tacuisses, philosophus mansisses*, so sollte man dem LT-Abgeordneten der FDP, Horst Engel, mit Blick auf seine neben der Sache liegenden Ausführungen im Landtag zum neuen Landespersonalvertretungsgesetz entgegen. Ausweislich Landtag intern 8/2011 sagte dieser nämlich u. a., dass mehr Freistellungen für Personalräte Mehrarbeit für alle anderen Beschäftigten bedeuteten und forderte die Verringerung der Freistellungen für Personalräte.

Nun muss man die Profession des Parlaments-Engels kennen. Vor seinem Listeneinzug in den Landtag stand er nämlich als Polizeihauptkommissar in den Diensten des Landes. Nun fragt man sich, welcher seiner Kollegen gerade die Arbeit des FDP-Engels in seiner alten Behörde verrichtet. Oder fiel sein Fortgang vielleicht überhaupt nicht weiter auf? Möglicherweise gelten aber, wie so oft (Stichwort: Diäten), für LT-Abgeordnete andere Regeln? Vielleicht gab es auch auf des Steuerzahlers Kosten personellen Ersatz für die Behörde nach seinem Einzug in das Parlament? Auch dann müsste die aufs Sparen ausgerichtete FDP mal ein ernstes Wörtchen mit ihrem Abgeordneten reden. Eigentlich müsste er in diesem Falle sein Mandat zurückgeben, um sich ganz seiner Arbeit als Polizist widmen zu können.

Zum guten Schluss: Die Wahrnehmung personalvertretungsrechtlicher Aufgaben war gerade in der kurzen Regierungszeit seiner Partei in NRW von besonderer Bedeutung – und sie bleibt es auch, selbst wenn die Engels-Truppe im nächsten Landtag nicht mehr vertreten sein sollte. Die Kolleg-innen wissen, dass die Arbeit ihrer Personalräte auf allen Ebenen oftmals schlimme Entwicklungen verhindert oder zumindest abgemildert hat.



# 50 JAHRE WESTFÄLISCHES KINDERDORF E.V.

## Ihre Bußgeldzuweisung ... ... gibt misshandelten und vernachlässigten jungen Menschen eine neue Heimat!

Sie hilft über 300 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu einer neuen Heimat in Kinderdorffamilien und Wohngruppen. Sie trägt dazu bei, dass wir auch in Zukunft die richtigen Antworten auf die Notlagen junger Menschen geben können.

### Ihre Bußgeldzuweisung

- sichert den hohen Standard unserer Hilfen und ermöglicht es, unsere Betreuungsangebote weiter an die Bedürfnisse benachteiligter junger Menschen anzupassen;
- trägt dazu bei, unsere Einrichtungen zu erhalten, zu renovieren oder auszubauen;
- macht die Finanzierung besonderer Therapien und Förderungen, Ferienveranstaltungen und Freizeitangebote erst möglich.

Seit mehr als 40 Jahren bieten wir den Gerichten jede notwendige Sicherheit: Bearbeitung Ihrer Bußgeldzuweisung durch geschulte und erfahrene Mitarbeiterinnen; Zahlungsbestätigung, Kontoauszüge, Hinweise auf säumige Zahler etc. senden wir Ihnen tagesaktuell und unaufgefordert zu. Und selbstverständlich stellen wir für Geldbußen keine Spendenquittungen aus.

Für den verantwortungsvollen Umgang mit den anvertrauten Geldern bürgt auch das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI).

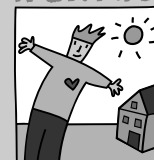
Gern senden wir Ihnen weitere Infos zu und stellen Ihnen zur Arbeitserleichterung vorbereitete Adressaufkleber zur Verfügung.

**www.wekido.de**

**Westfälisches Kinderdorf e.V.**  
Haterbusch 32, 33102 Paderborn  
Telefon: 0 52 51 | 89 71 - 0  
Fax: 0 52 51 | 89 71 - 20  
E-Mail: info@wekido.de

### Bußgeldkonto:

Sparkasse Paderborn (BLZ 472 501 01) Konto-Nr. 117





## Aus den Bezirken

# Aus dem Tagebuch eines Hundes: Drachenbootregatta in Duisburg



Team der „DRB-Justizdragons“ mit JM Thomas Kutschaty und PrLG Dr. Wilfried Bünten

Kürzlich hatte ich wieder einen ganz großen Auftritt. Ich war nämlich ein „Maskottchen“. Keine Ahnung, welche Aufga-

ben das alles umfasste. Wichtig schien es aber zu sein, denn es gab viele Leckerlis für mich.

## Aus den Bezirken

# Ruhrort to go

Eine Führung durch den Stadtteil Duisburg-Ruhrort veranstaltete die **Bezirksgruppe Duisburg** am 8. 7. 2011. Die fast zweistündige – von der Kollegin Antje Reim gut vorbereitete – Wanderung, die sich an eine Hafenrundfahrt angeschlossen hatte, forderte den Aktiven Stehvermögen und Laufkraft ab.

Der Stadtführer zeichnete auf dem Weg ein Bild von den Anfängen des späteren Duisburger Stadtteils 1371 bis in die heutige Zeit. Er erinnerte insbesondere an die große Leistung der Unternehmerfamilie Haniel, die bis heute prägend für den Stadtteil geblieben sei.

Für die Juristen von besonderem Interesse ist die Tatsache, dass das Rheinschiffahrts- und Schifffahrtsgericht seinen Sitz im AG Ruhrort hat. Dieses ist örtlich u. a. zuständig für den Rhein ab Bad Honnef-Linz bis zur deutsch-niederländischen Grenze.

Es war ein Sonntag in Duisburg. Es war echtes Hundewetter. Zwanzig Jungs und Mädels, sie nannten sich die „DRB-Justizdragons“, trafen sich. Allerdings konnte wohl keiner von denen schwimmen. Ich habe natürlich schon lange das „Seepferdchen“ gemacht und während ich mich immer todesmutig in jeden Fluss stürze, mussten sie in einem Baumstamm, der ausgehöhlt war, aufpassen, dass sie nicht untergehen. Die haben ganz schön gekämpft. Einige waren zwar nass. Auf dem Foto seht Ihr die tapferen Drachenkämpfer.

Wenn ich das richtig verstanden habe, dann sollten sie möglichst schnell mit dem Baumstamm durch das Wasser gleiten. Während ich ja stundenlang in der Ruhr schwimme, waren die schon nach der Kurzstrecke ziemlich kaputt. Aber die Stimmung war toll.

Sie waren auch nicht allein. Es gab viele Zuschauer, andere Teams und viele Hun-

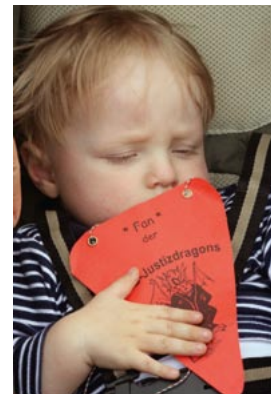
dekameraden, von denen aber keiner ein sooooo schönes T-Shirt trug wie ich. Alles war praktisch wie im vergangenen Jahr – mit einer Ausnahme. Da war ein Mann dabei, den alle nur „den Minister“ genannt haben. Muss etwas Bedeutendes gewesen sein. Sah aber aus wie ein normaler Mensch, roch und redete auch so. Der hatte auch einen Namen, Thomas Kutschaty hieß er wohl. Der hat sich ordentlich ins Zeug gelegt und prima mitgehalten. Schien ihm eine große Freude zu bereiten. Ich habe dann gehört, dass er im Alltag immer große Reden halten und z. B. Hütten für böse Menschen, die dann dort eingesperrt werden, einweihen muss. Da war das Paddeln natürlich etwas ganz anderes. Der Mann war total nett und hat mich auch ein paarmal gekrault. Sein privates Rudel war auch dabei.

Mich hat man ja nicht mit auf den Baumstamm gelassen. Ich bin am Rande mitgelaufen und habe aufgepasst. Wäre jemand ins Wasser gefallen, dann hätte ich ihn natürlich gerettet. Es ist aber nix passiert. Gelegentlich habe ich auch auf Paul aufgepasst. Das ist der Freund unserer lieben Teamleaderin Antje Hahn. Die Antje hat das alles ganz toll vorbereitet. Sie hat mit uns zur Vorbereitung Agility gemacht. Das hatte ich aber nicht nötig.

Und sie hat dann gesagt, wer wo in dem Baumstamm sitzt. Das Mädchen hat eine natürliche Autorität, der sich auch „der Minister“ untergeordnet hat. Ach ja: zum Schluss will ich das Ergebnis auch nicht verheimlichen. Unser Team hat den 10. Platz gemacht – von vierzehn Mannschaften. Ich will ja nix sagen, aber wenn ich mit im Boot gewesen wäre, dann ...

**Pfötchen drauf!**

**Euer Fritzchen**



Drachenbootfan Jakob





## Hoher Organisationsgrad in Duisburg

48 von 60 Staatsanwälten der StA Duisburg sind auch Mitglied des Bundes der Richter und Staatsanwälte. Das entspricht 80 % aller Juristen dieser Behörde. „Auf dieses Ergebnis sind wir in besonderem Maße stolz“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende des DRB-Duisburg, RAG Christian Happe. Es zeige, dass der Bund der Richter und Staatsanwälte bereits in der Vergangenheit konsequent die Interessen auch der Staatsanwälte vertreten habe. Die Umbenennung des Verbandes und die Durchsetzung unserer alten Forderung nach einem Staatsanwaltsrat vor Ort seien dabei nur beispielhaft genannt.

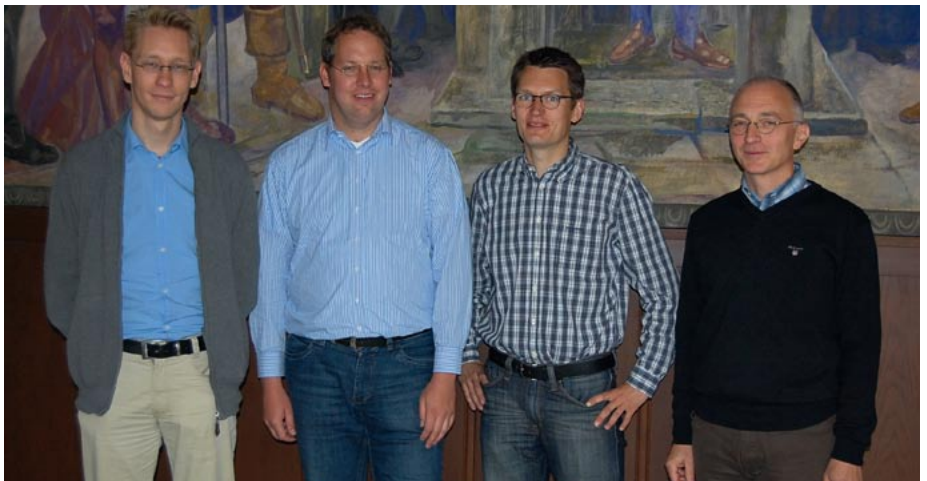


### Aus den Bezirken

## Detmold freut sich auf die Landesvertreterversammlung

Die Bezirksgruppe Detmold hat am 13. 4. 2011 einen neuen Vorstand gewählt. Die Versammlung sprach dem bisherigen Vorsitzenden des Vorstandes RAG Ulrich Heistermann für seine Verdienste und sein Engagement den Dank aus. Richter Dr. Florian Hobbeling gehört als neuer Vorsitzender dem im Übrigen unverändert gebliebenen Vorstand, bestehend aus RLG Dr. Thorsten Gerdes (Stellvertreter), RAG Dirk Schikowski (Stellvertreter) und DAG Michael Wölfinger (Kassenführer), an.

Einige Veranstaltungen sind von der hiesigen Bezirksgruppe geplant. Neben inhaltlichen Diskussionen um das Richterbild und aktuellen Themen wie Spracherkennung, Chancen und Risiken einer Modernisierung in der Justiz usw. stehen auch gesellige Veranstaltungen auf der Agenda. So werden die Kolleg-inn-en am 22. 7. 2011 die Robe mit den Wanderstiefeln tauschen und zu einer Tour rund um den Schiedersee aufbrechen.



RLG Dr. Thorsten Gerdes, Ri Dr. Florian Hobbeling, RAG Dirk Schikowski, DAG Michael Wölfinger

Detmold und die hiesige Bezirksgruppe erwarten die Landesvertreterversammlung am 19. und 20. 9. 2011 im schönen „Lippe“. Ein Besuch von Detmold – der Kulturstadt im Teutoburger Wald – lohnt sich. Wir freuen uns, wenn die Kolleg-

inn-en nach den „offiziellen“ Veranstaltungen mit einer Stadtführung der etwas anderen Art und einer Einkehr in einem schönen Brauhaus einen fröhlichen Abend verleben können.

**Dr. Florian Hobbeling (AG Lemgo)**

## Detmold wandert über Stock und Stein

Zum Beginn der Schulferien hat sich die **Bezirksgruppe Detmold** am 22. 7. 2011 zu einer Wanderung durch das Niesetal (Schieder-Schwalenberg) getroffen. In einer illustren Runde fanden sich Wanderprofis und „Frischlinge“ am Landhaus in Schieder zusammen, um eine rund 15

km lange Tour zu starten. Die Rundwanderwege führten entlang der Niese durch den lippischen Hochwald mit seinen Buchen-, Eichen- und Fichtenbeständen. Anders als die Tage zuvor spielte das Wetter zum Glück mit. Mit dem GPS in der Hand steuerte der den Bezirk wohl

wie seine Westentasche kennende RAG Osterhage die Gruppe zielsicher durch das Terrain. Daher zweifelte niemand, auch teils abseits der üblichen Wanderwege, an dem Erreichen des Zieles. Die nicht zu erschöpfte, sondern fröhliche Gruppe wurde am Landhaus Schieder schon erwartet. Hier konnte der Abend dann mit (Ver-)Stärkung gemütlich ausklingen.

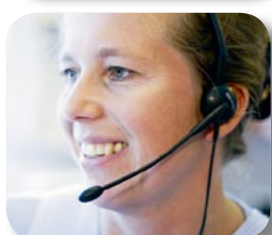
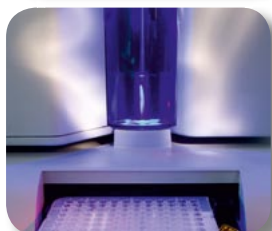
**Dr. Florian Hobbeling**



# Abstammungsgutachten

## Vaterschaftsklärung

Nur ein Schritt für Sie...



### Service

- Wir organisieren und monitoren die Probenentnahmen weltweit....

### Probensicherheit

- Individuell erzeugte Barcodes auf den Entnahmematerialien.
- Die Probenentnahme erfolgt fast schmerzfrei aus dem Ohr, der Ferse oder der Fingerbeere. Das Blut wird auf ein Spezialfilterpapier getropft.
- Asservierung der Originalblutkarte mit Unterschrift des Probanden

### Wirtschaftlichkeit

Um den verschiedenen Anforderungen und Konstellationen bei Kindschaftsfragen sowie der Qualität und Wirtschaftlichkeit gerecht zu werden, bieten wir Ihnen folgende drei Gutachtenvarianten an.

- |   |                  |
|---|------------------|
| • <b>Basis-/ Anfechtungsgutachten</b><br>13 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform<br>Trioall (Kind, Mutter, mögl. Vater) | <b>390,- €* </b> |
| • <b>Komplettgutachten</b><br>15 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform<br>(Kind, Mutter, alle in Frage kommenden Männer) | <b>558,- €* </b> |
| • <b>Vollgutachten</b><br>18 Systeme, 2 Kategorien, Richt- u. Leitlinienkonform<br>Trioall (Kind, Mutter, mögl. Vater)      | <b>690,- €* </b> |

\*zzgl. MwSt. und Probenentnahme

### Qualität

- externe Akkreditierung der Analytik und der Abwicklung
- Richtlinienkonformität in allen Punkten (insbesondere die Qualifikation der Sachverständigen)
- Analytik aus Blut- und Wangenschleimhautzellen
- erfolgreiche Teilnahme an jährlich vier externen Überwachungen der Analysequalität



### Kontakt

- Eine persönliche Beratung oder weitere Informationen zum Institut oder zu unseren Gutachten erhalten Sie telefonisch unter 0 41 52 - 80 31 54.

...die Qualität unserer Gutachten

sichert Ihre Entscheidungsgrundlage.



**Institut für Serologie und Genetik**

**Dr. med. Detlef Kramer • Dr. rer. nat. Armin Pahl**

vereidigte Sachverständige für gerichtliche Abstammungsgutachten

Lauenburger Straße 67 • 21502 Geesthacht